

V-2 Dauerhafte Finanzierung von Suchthilfeträgern und Bedarfsplanung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 04.05.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Berlin steuert ungebremst auf eine unkontrollierbare Drogenkrise zu. Alleine die
2 Zunahme des
3 Crack-Konsums im öffentlichen Raum ist der Beweis, dass wir Abhängige in vielen
4 Teilen der
5 Stadt ihrem eigenen Schicksal überlassen. Die Zahl der Drogentoten steigt Jahr
6 für Jahr
7 weiter an und erste Funde von Fentanyl sind ein alarmierendes Signal, das nicht
8 ignoriert
werden darf. Die Herausforderungen im Bereich der Prävention, Suchtberatung und
-hilfe sowie
der Schadensminimierung sind enorm und erfordern dringende strukturelle
Maßnahmen. Menschen,
die in Abhängigkeiten geraten, brauchen Hilfe und benötigen dafür eine
Infrastruktur, die
sie dabei unterstützt und befähigt, das Konsumverhalten zu verändern.

9 Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin fordern wir, dass die Unterstützung und Hilfe
10 für
11 Betroffene bedarfsgerecht und strukturell verstärkt wird. Berlin hat bereits eine
12 vielfältige und professionelle Helfelandschaft, die jedoch für die aktuellen
13 Herausforderungen strukturell unterfinanziert ist. Es braucht eine ehrliche
14 Analyse der
15 Kapazitäten und damit einhergehend eine Bedarfsplanung als auch eine solide
16 finanzielle
17 Grundlage für die Angebote, um sicherzustellen, dass die Einrichtungen der
18 Suchthilfe ihre
19 wichtige Arbeit fortsetzen und ausbauen können. Die Entwicklung einer
20 Landesstrategie
21 „Drogen und Sucht“ muss daher an den tatsächlichen stadtweiten Bedarfen
22 ausgerichtet werden.
23 Wir stehen für eine Politik, die sich um diejenigen kümmert, die von
24 Abhängigkeiten
25 betroffen sind und wir setzen uns für eine Ausweitung vor allem
niedrigschwelliger Maßnahmen

zur Unterstützung dieser Menschen ein. Bereits heute besteht ein Hauptproblem darin, dass Angebote sowohl aufgrund tatsächlicher als auch rechtlicher Hürden nicht alle Betroffenen erreicht. Insbesondere der Zugang für Menschen ohne Zugang zur Krankenversicherung ist unzureichend und verstärkt die Problematik der Verelendung im öffentlichen Raum und unterläuft das Ziel eines effektiven Gesundheitsschutzes. Der Zugang zur Suchthilfe darf nicht bei Beratungen oder schadensminimierendem Konsum enden, Entgiftungen, Substitutionsprogramme und Suchttherapien sind maßgeblich für nachhaltige Erfolge.

26 Die derzeit laufenden Verhandlungen auf Landesebene über Einsparvorgaben auch im
27 Gesundheitsbereich würden die Suchthilfe massiv treffen. Bereits jetzt drohen
28 Kürzungen bei
29 bestehenden Angeboten, unbesetzte Stellen dürfen nicht nachbesetzt werden, was
30 einer
31 faktischen Angebotskürzung gleichkommt. Wir fordern daher eine verbindliche
32 Zusage des
33 Senats, die Finanzierung der Suchthilfeträger in Berlin langfristig
34 sicherzustellen und
35 auszubauen. Dies umfasst eine angemessene Finanzausstattung, um eine
36 kontinuierliche,
bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Unterstützung der Betroffenen zu gewährleisten.
Die gesundheitlichen und sozialen Maßnahmen müssen ineinandergreifen, die zugesagten Mittel aus dem Sicherheitsgipfel mit einem Schwerpunkt für niedrigschwellige und aufsuchende Angebote verausgabt und verstetigt werden. Dem Abbau von Substitutions- und Therapiemöglichkeiten muss konsequent entgegengewirkt werden.

37 Neben dem Problem der finanziellen Sicherheit gefährdet insbesondere die
38 angespannte
39 Situation auf dem Gewerbermanntmarkt die Zukunft von etablierten Angeboten der
40 Suchthilfe.
41 Dabei ist der Senat in der Verantwortung bei der Suche nach Räumlichkeiten und
42 deren
Finanzierung zu unterstützen. Es ist unumgänglich, dass die finanziellen Mittel langfristig gesichert werden, um den Einrichtungen Planungssicherheit zu geben und ihre Arbeit zu ermöglichen.

43 Es müssen Maßnahmen entwickelt und sektorenübergreifend implementiert werden, die
44 auf die
45 besonderen Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sind, die von Abhängigkeiten
46 betroffen
47 sind. Dabei müssen auch die lokalen Besonderheiten und Herausforderungen
48 berücksichtigt
49 werden, um eine effektive Hilfe vor Ort und durch aufsuchende Suchtarbeit zu
50 gewährleisten.
51 Wir möchten betonen, dass wir die Berücksichtigung von Fachexpertisen
52 unterstützen, die die
53 Erforschung von Möglichkeiten medikamentöser Therapieansätze in Kombination mit
54 psychosozialen Angeboten vorschlagen. Auch der Einsatz von Arzneistoffen wie
55 Methadon,
56 Naloxon, Naltrexon, Buprenorphin und weitere muss in der Substitutionstherapie
57 bei
58 opioidbedingten Abhängigkeiten in der Breite unterstützt und zugänglicher
59 gestaltet werden.
60 Es ist wichtig, dass die Maßnahmen den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen
61 gerecht
62 werden und eine ganzheitliche Unterstützung bieten. Eine besondere Herausforderung
63 entsteht
64 durch die massive Zunahme des problematischen Crack-Konsums. Die entstehenden
65 Konflikte im
66 öffentlichen Raum sind besonders am Leopoldplatz oder um den Görlitzer Park
67 sichtbar, doch
68 die Problematik geht weit über den Wedding, Kreuzberg oder Neukölln hinaus. Crack
69 treibt
70 Menschen in schwere Abhängigkeiten und birgt ein hohes Verelendungsrisiko,
71 gleichzeitig ist
72 die Droge mittlerweile leicht und billig verfügbar. Crack-Abhängige leiden unter
einem enorm
hohen Konsumdruck, richten ihren Alltag auf die Beschaffung der Droge aus und
verlieren in
kürzester Zeit ihre Alltagsgrundlage. Das Suchthilfesystem muss sich an diese
Herausforderungen anpassen können; insbesondere in Drogenkonsumräumen und durch
niedrigschwellige Suchthilfe gilt es die Menschen aus dieser Abwärtsspirale
rauszuholen.
Bisher stehen für diese Problematik nachhaltige, soziale und gesundheitliche
Ansätze am
Anfang. Vor diesem Problem stehen mittlerweile fast alle deutsche Großstädte.
Zentral ist
daher nicht nur eine effektive Zusammenarbeit von Senat mit Bezirken, sondern es
muss eine
europaweite Vernetzung stattfinden und die Ergebnisse der EMCDDA (europäische
Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht) berücksichtigen. Der Berliner
Senat soll sich
beim Bundesgesundheitsministerium für ein Modellprojekt einsetzen, in dem

betroffene Städte

und Kommunen gezielte Angebote erproben, best practice Erfahrungen im Umgang mit Crack und

der Behandlung schnell austauschen, zusammenführen und weiterentwickeln. Auf dieser

Grundlage können zielführend Anpassungsbedarfe ermittelt werden, um eine nachhaltige

Strategie gegen Crackkonsum zu entwickeln.

73 Es ist wichtig, dass die Maßnahmen den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen
74 gerecht
werden und eine ganzheitliche Unterstützung bieten.

75 Wir wollen eine transparente und partizipative Entscheidungsfindung bei der
76 Entwicklung und
77 Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Suchthilfe. Die Einrichtungen der Drogen-
78 und
79 Suchthilfe, Forschung, Fachkräfte und Betroffene sollten aktiv in den
80 Entscheidungsprozess
einbezogen werden, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen den tatsächlichen
Bedürfnissen
entsprechen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Menschen, die von den
Maßnahmen
betroffen sind, eine Stimme haben und aktiv an der Gestaltung der Lösungen
mitwirken können.